

II-6218 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 307713

1992-06-04

## ANFRAGE

der Abgeordneten Renoldner, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten

betreffend die Vollziehung des Bundesgesetzes über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz)

Im Untersuchungsausschuß des deutschen Bundestages zum ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit der DDR ("Stasi-Untersuchungsausschuß") sind Akten aufgetaucht, denen zufolge österreichische Firmen via DDR Waffen- bzw. Munitionsexporte in den Iran getätigt haben. Ungeachtet der Tatsache, daß noch gar nicht alle eingehenden Unterlagen des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden konnten, und daher unter Umständen noch mit weiteren spektakulären Enthüllungen zu rechnen ist, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten folgende

### ANFRAGE:

1. Wie wird seitens Ihres Ressorts die Vollziehung des Kriegsmaterialgesetzes betreffend eine Zustimmung zu Exporten von Österreich in andere Länder gehandhabt?
2. Zu welchen Exportgeschäften, die nach dem Kriegsmaterialgesetz genehmigungspflichtig sind, hat Ihr Ressort seit dem 1. 1. 1983 Stellung genommen?
3. Welche und wieviele derartige Ansuchen sind an Ihr Ressort bisher (seit 1983) herangetragen worden?
4. In welchen Fällen hat Ihr Ressort
  - a) eine Zustimmung erteilt,
  - b) eine Zustimmung verweigert
  - c) eine andere Vorgangsweise gewählt (in diesem Fall bitte um Erklärung dieser Vorgangsweise)?

Für die Beantwortung der Fragen 2 - 4 wird um eine detaillierte Auflistung ersucht.

5. Welche Konsequenzen ergeben sich aus einem
  - a) Beitritt Österreichs zum EWR oder
  - b) einem Beitritt Österreichs zur EG für den Export von Kriegsmaterial?